

J. Can. P.

336⁹

J. can. p.
336₂

<36611042160016

<36611042160016

Bayer. Staatsbibliothek

Ueber die
E r n e n n u n g
des
Herrn Generalvikars
Freyherrs von Wessenberg
zum
Coadjutor und Coadministrator
des
Bisthums Konstanz.

[Frey]

R o m , 1 8 1 6 .

746.

Erster Theil

des

Herzoglichen

Freiherrn von Wessenberg

zum

Comptroller und Cassenrath

des

Herzoglichen Hofes

Bayrische
Staatsbibliothek
München

1816

§. 1.

In dem Großherzoglich-Badischen Regierungs-
blatte N. 15. Karlsruhe den 4ten Sept. 1815
ist enthalten: „Se. Königliche Hoheit haben
„gnädigst geruhet, der Urkunde, wodurch
„Ihre Eminenz der Herr Fürst-Primas zu Re-
„gensburg als Bischof von Konstanz den Ge-
„neral-Vikar Freiherrn von Wessenberg zum
„Coadjutor und Mitadministrator mit dem
„Wunsche der Nachfolge im Bisthume Kon-
„stanz ernannt hat, die höchste landesfürst-
„liche Bestätigung dergestalt zu ertheilen, daß
„ihm unter dem 22ten d. v. M. das Recht zur
„Nachfolge im Bisthume, so weit es das Groß-
„herzogthum betrifft, von Staats wegen zuge-
„sichert werde.“ Diese offizielle Nachricht
wird in der Felderischen Litteraturzeitung
6ten Jahrg. 2. B. 11. u. 12. St. wiederholt, mit
der Bemerkung, daß Se. Eminenz der Herr

Fürst-Primas diese Ernennung auch Sr. päpstlichen Heiligkeit bekannt gemacht, und mit dem Wunsche begleitet haben, diesen ernannten Herrn Coadjutor die canonische Bestätigung mit dem Rechte zur Nachfolge zu ertheilen.

§. 2.

Wer mit der traurigen Lage, in der sich die katholische Kirche in Deutschland in der gegenwärtigen Periode befindet, bekannt ist; wer die Schwierigkeiten kennt, die sich seit der erfolgten Säcularisation ihres Kirchengutes bei ihrer versuchten Reorganisation erhoben haben; wer die unangenehme Erfahrung gemacht hat, wie wenig man sich von Seite der weltlichen Regierungen bisher geneigt gezeigt hat, auch billigen Anforderungen von Seite der katholischen Kirchenbehörden zu entsprechen, muß nicht wenig überrascht werden, wenn auf einer Seite ein katholischer Kirchenprälat so unvermuthet einen Weg öffnet, und die Bahn bezeichnet, wie die traurige Lage dieser Kirche verbessert, ihr dem Erlöschen so naher Episcopat wieder resuscitirt, ihre ganze Verfassung gleichsam auf die einfachste Art regenerirt werden könne;

auf der andern Seite ein Regent den Akt eines Bischofs anerkennt, und die Ausübung eines Rechtes gleichsam legalisirt, welches bisher von den Regenten selbst in Anspruch genommen werden zu wollen schien, und welches sie als eine kostbare Erwerbung nach der so sehr veränderten Lage der katholischen Kirche in Deutschland betrachten möchten.

§. 3.

Das Erstaunen bei dieser ergriffenen Mafsregel von Seite des Herrn Fürst-Primas vermindert sich zwar in Etwas, wenn man sich erinnert, dafs bereits 1806 der Herr Fürst-Primas den Cardinal Fesch zu seinem Coadjutor und Nachfolger in der Würde als Metropolit und Fürst-Primas ernannt, und die Motive hiezu auf dem damahls noch existirenden Reichstage durch seinen Reichsdirectorialgesandten Freiherrn von Albin auf dem sonst gewöhnlichen Wege der Reichsdictatur hat vortragen lassen, mithin sich eine ganz ähnliche Maxime bereits voraus eigen gemacht hat *). Allein dieser Akt war wirklich sehr

*) Es möchte der Uebersicht wegen und wegen der Analogie der Fälle nicht uninteressant

ephemär , und glich am spätesten Abende
des alten und morschen deutschen Reichs ei-
nem Meteor, das ein augenblickliches Stau-

seyn, die Note, die damahls übergeben wurde,
zu lesen. Sie ist folgende: „Der nach schwe-
„ren Kriegen im J. 1803 zu Stand gekommene,
„zum Reichsfundamentalgesetze erhobene De-
„putations-Hauptschluss hat ganz Deutschland
„mit neuer Hoffnung belebt, dass durch des-
„sen Vollziehung Ruhe und Ordnung wieder
„hergestellt, alle Reichsbande neu geknüpft,
„und die Konstitution in ihren wesentlich-
„ten Theilen werde erhalten werden. Allein
„neue Kriege, woran das Reich zwar keinen
„Theil hatte, deren Schauplatz es aber seyn
„musste, haben diese Hoffnung nicht nur
„sehr entfernt, sondern ihre jetzt schon be-
„kannt, und noch nicht ganz zu übersehende
„Folgen haben selbst über viele jetzt noch
„bestehende Reichsstände die gerechtesten
„Sorgen verbreitet, dass auch ihre reichsge-
„setzlichen Gerechtsame und Besitzungen
„mehr oder weniger geschmälert, am Ende
„aber kaum noch ein Schatten der alten
„Reichskonstitution übrig gelassen werden
„dürfte. Seine Kurfürstliche Gnaden, der
„Kurfürst, Reichserzkanzler als Primas und
„Erzbischof von Deutschland haben aller an-

nen zwar erregte, aber mit dem Bewußtseyn seines Daseyns wieder verschwand. Aller politischen Arithmetik und allen Konjekturen

„gewandten Mühe ungeachtet die Einrichtung
 „der deutsch-katholischen Kirche nach dem
 „Sinne des gedachten Reichsfundamental-Ge-
 „setzes noch nicht erwirken können; ja es
 „war Höchstdenselben nicht einmahl mög-
 „lich, ihr eigenes Metropolitan-Kapitel zu
 „constituiren. Sogar sahen Sie die Ihnen
 „durch den Deputations-Hauptschluß zur
 „Dotation angewiesenen Lande und Einkünf-
 „te verschiedentlich schon bei Ihren Lebzei-
 „ten, und noch mehr nach Ihrem Tode be-
 „droht; dabei in langjährigen schweren Ge-
 „schäften und Sorgen bis zum drei und sech-
 „sigsten Lebensjahre vorgerückt, konnten sie
 „länger nicht anstehen, sich einen Regierungs-
 „Gehülfen, Coadjutor und Nachfolger auszu-
 „ersehen, dem es an Geistes- und Körper-
 „Kräften, persönlichem Ansehen, auch mäch-
 „tiger Unterstützung nicht fehle, um Ihnen
 „noch während Ihrer Regierung die Behaup-
 „tung aller gesetzlichen Vorrechte und Ge-
 „rechtsame, auch die Erhaltung Ihres Kur-
 „staates zu erleichtern, und um solchen nach
 „Ihrem über kurz oder lang erfolgenden Ab-
 „leben selbst zum Besten des Reichs und

zu Folge wäre der Herr Fürst - Primas mit diesem Schritte in das Gedränge gekommen, und von Seite der Staaten und der Kirche

„und seiner Verfassung eine fortwährende
 „Dauer zu verschaffen. Von allen die-
 „sen höchstwichtigen Betrachtungen gelei-
 „tet haben Se. Kurfürstliche Gnaden ge-
 „glaubt, auf kein mehr würdiges Subjekt als
 „auf Seine Eminenz, den Herrn Kardinal
 „Fesch, verfallen zu können, Deren Ge-
 „schlechts-Vorfahrer sich schon zeitig im 15
 „und 16ten Jahrhunderte in öffentlichen Dien-
 „sten deutscher Lande ausgezeichnet haben,
 „und welche selbst für Ihre Person als ein
 „Herr in den besten Mannsjahren und schon
 „länger des hl. Stuhls zu Rom Kardinal, hie-
 „zu in sich alle wesentlichen Eigenschaften
 „in einem vorzüglichen Grade verbinden.
 „Diesen Herrn also haben sich Seine Kur-
 „fürstliche Gnaden als ihren Coadjutor und
 „Nachfolger von Sr. päpstlichen Heiligkeit
 „erbeten, auch Sr. Kaiserlichen Majestät, dem
 „allerhöchsten Reichsoberhaupte, Allerhöchst-
 „welche nach Ihrer Weisheit dieser durch
 „die Zeitumstände gerechtfertigten Entschlies-
 „sung zuversichtlich Ihren allerhöchsten Bei-
 „fall ertheilen werden, davon die schuldige
 „Anzeige gemacht, mir aber haben Seine

würden sich grofse Widersprüche erhoben haben, wenn nicht der 12. Jul. d. J. durch die rheinische Konföderationsakte dem Schau-

„Kurfürstliche Gnaden gnädigst aufgetragen
 „Eueren Excellenzen, Hochwürden, Hoch-
 „wohl - und Wohlgebohrnen davon die ge-
 „genwärtige Mittheilung zu machen, und
 „Dieselben ergebenst zu ersuchen, Ihre höch-
 „sten und hohen Committenten hievon in
 „Kenntnifs zu setzen.“ Verg. Ueber die
 Ernennung des Herrn Kardinals
 Fesch zum Coadjutor und Nach-
 folger des Kurfürsten - Reichs Erz-
 kanzlers. Wien, 1806. Der Herr Fürst-
 Primas hat sich bei dieser Erklärung hinweg-
 gesetzt in reichsgesetzlicher Rücksicht
 über die Einwilligung des Reichs-
 oberhauptes und der Reichsstände.
 Nur durch diese wurde im §. 18. des Reichs-
 deputations - Hauptschlusses die neue Würde
 eines Metropolitens Fürst-Primas eingesetzt; in
 kirchlicher Rücksicht in Uebergang des
 Beirathes seines Domkapitels, in welchem
 sich selbst dazumahl noch ein Individuum
 vorfand, welches durch hohe Tugenden
 und Qualifikationen sich auszeichnete; in
 patriotischer Rücksicht durch Postula-
 tion eines Ausländers, der, wenn man auch

spiele ein End gemacht hätte. Es ist daher der Mühe um so mehr werth, den gegenwärtigen Schritt genauer zu prüfen, weil er von eingreiferenderen Folgen als der erstere seyn dürfte, und weil im Hinterhalte Principien und Maximen liegen, die für die katholische Kirchenverfassung überall, vorzüglich aber in Deutschland zu den wichtigsten Resultaten führen können. *)

seinen Verdiensten alle Gerechtigkeit wiederfahren läßt, doch in zugefährlichen Verbindungen für Deutschland stand, als daß man etwas Gutes für unser Vaterland hoffen konnte.

*) Die Note, die der Herr General-Vikar Freiherr von Wessenberg zu Frankfurt unter den dort anwesenden diplomatischen Personen als Agent des Herrn Fürst-Primas, und im Namen der katholischen Kirche in Deutschland, worüber er aber kein allgemeines Creditiv wird aufzeichnen können, überreicht hat, deutet, so wie die übrigen Schriften, die von einer gewissen Parthey erschienen sind, auf eine Opposition hin, die man in Deutschland gegen den päpstlichen Stuhl zu bilden gesonnen ist, an welcher aber andere deutsche Episcopate, etwa jene, die unter dem Einflusse des Herrn Fürst-Primas stehen, ausgenommen, keinen Antheil haben.

§. 4.

Um ein gründliches Urtheil über das Factum des Herrr Fürst - Primas in Aufstellung eines Coadjutors fällen zu können, wird es zweckmäfsig seyn, folgende Fragen zu beantworten. 1. Ist ein Bischof befugt, sich selbst einen Coadjutor zu ernennen? 2. Unter welchen Bedingnissen kann dieß geschehen? 3. Ist der Papst verpflichtet, einen auf solche Art ernannten Coadjutor zu bestätigen, und wenn ihm der Papst die Bestätigung verweigert, kann ihm diese der Metropolit ertheilen? 4. Welcher Antheil und welche Rechte stehen bei einem solchen Akte im Allgemeinen und im Besonderen bei der dermahligen Lage der katholischen Kirche in Deutschland den weltlichen Fürsten zu? Die Entwicklung dieser Fragen wird Jeden in Stand setzen, diesen Schritt zu beurtheilen.

§. 5.

1. Ist ein Bischof befugt, sich selbst einen Coadjutor zu ernennen? Ich halte es für überflüssig, aus dem gemeinen kanonischen Rechte die Begriffe zu entwickeln, was ein Coadjutor sey; in wie vielerley Art und Weise dem Bischofe ein Coad-

jutor beige stellt werden könne? Alle diese Begriffe und die dahin einschlagenden Rechtsfragen sind theils bekannt, theils können sie in jedem Schriftsteller, der über das Kirchenrecht geschrieben hat, nachgeholt werden. Ich gehe daher auf die Beantwortung der vorstehenden Fragen über. Bestimmte rechtliche Grundsätze, nach welchen dieser Gegenstand zu behandeln gewesen wäre, haben wir zwar in den ersten Zeiten der Kirche nicht. So wie ihre Organisation überhaupt nicht vollendet war, so war sie in diesem Punkte nicht einmahl begonnen. Paulus bestellte zwar den Thimotheus und Titus zu seinen Gehülften; aber er wies ihnen bestimmte Kirchen an, die er ihrer ausschliessenden Obhut empfahl. Mehr als drei Jahrhunderte hindurch wufste man Nichts von Coadjutoren, sondern jeder Angestellte ohne Unterschied functionirte so lange, als es ihm das Mafs seiner Körper- und Geisteskräfte gestattete. An einen Nachfolger dachte man erst dann, wann die Stelle erlediget war. Doch konnte dieser Gegenstand auch nicht ganz übersehen werden. Die Nothwendigkeit oder der Nutzen, der mancher Kirche zuging, wenn dem Bischofe bei seinen Lebzeiten schon ein Nachfolger gegeben

wurde, erinnerten manchmal gebiethend daran, sich um einen solchen Nachfolger sogleich umzusehen. Die erste Veranlassung gaben die Häretiker, die es nicht selten wagten, bei den Wahlen der Bischöfe Factionen zu erregen, und ihre Anhänger zu intrudiren. Die gut gesinnten Bischöfe fanden daher manchemahl einen Ausweg darin, bei ihren Lebzeiten schon einen Nachfolger zu bestimmen, weil sie selbst den größten Einfluß hierauf hatten, um zu verhüten, daß keine untaugliche oder unwürdige Person nach ihrem Ableben aufgestellt werden möchte. Auch Krankheit oder ausgezeichnete Verdienste bewogen manchen Bischof für einen Nachfolger zu sorgen, wie dieß der Fall bei dem Bischöfe Narcis zu Jerusalem und bei dem Bischöfe Valerius zu Hippon war. Jedoch nahm die Ernennung eines solchen Subjektes der Bischof nicht allein vor, sondern sie wurde nach den Formen vollzogen, die dortmahls Gültigkeit hatten *).

*) Vergl. *Thomasin V. et N. D eccl. Tom. V. p. 2. L. 2. cap. 55. u. d. f. edit. Mogunt. Cavallarii Inst. iur. can. p. 1. cap. XIV. Consultatio canonica de Coadjutoria perpetua ab P. Arnaldo a S. Leonardo Mog. 1748.*

§. 6.

Bis weit über das achte Jahrhundert hinaus waren in ihrem Rechte und ihren Formen bei diesem Geschäfte die beiden Kirchen, die Orientalische und Occidentalische, harmonisch. Die Aufstellung eines Coadjutors gehörte nicht zur Regel, sondern zur Ausnahme; geschah mit Zustimmung des Klerus und des Volkes; wurde von der Provinzialsynode gut geheissen. Da sich in dieser Periode beide Kirchen trennten, so ist für die Folge nur auf die occidentalische Rücksicht zu machen. In dieser änderte sich bekanntlich durch das neue Kirchenrecht, welches durch die Isidorianischen Dekretalen und unter Zusammenwirkung selbst politischer Verhältnisse eingeführt wurde, Vieles in dem Organismus der Kirche. Die alte Kirchenverfassung, die sich mehr einer Aristokratie näherte, gestaltete sich in eine reine Monarchie um, in welcher der Papst als das Centrum sich darstellte, um welches sich Alles bewegte. Der ununterbrochene Missionseifer in den abendländischen Provinzen erzeugte und unterhielt die Idee, Rom als die Mutterkirche des Occidents anzusehen, und war deßwegen von den glücklichsten und weit aussehenden Folgen.

So wie man kein wichtiges Geschäft, ohne das Oberhaupt der Kirche wenigstens zu Rathe gezogen zu haben, abmachen zu können glaubte, wie es die Geschichte in dem mittleren Zeitpunkte des Papates erweist, so war es auch in diesem Geschäfte. Schon Bonifaz giebt uns hievon einen Beweis. Der Papst Zacharias sah es ein, daß es zum Gedeihen der apostolischen Arbeiten des heil. Bonifaz gut seyn möchte, wenn ihm, wie er verlangte, erlaubt würde, sich einen Coadjutor beizustellen. Allein er rescribirte ihm nicht mehr als: *Ea hora, qua Te de praesente Saeculo migraturum cognoveris, praesentibus cunctis, tibi Succesorem designa, ut huc veniat ordinandus. Hoc nulli alteri concedi patimur, quod tibi charitate cogente largiri censuimus. Conc. Galliae. Tom. 1. p. 531 et seq.* Man sieht hieraus, daß die Päpste mit dem Eintritte ihres großen Einflusses in alle Kirchengeschäfte die Sache etwas strenge nahmen, und die Benennungen der Nachfolger von Seite der Bischöfe nicht sehr zu begünstigen schienen. Gleiche Grundsätze machte sich noch Gregor V. im J. 998 eigen. Denn als der Bischof von Annecy seinen Nepoten Stephan zu seinem Coadjutor ernannte, so erklärte dieser Papst diese Wahl nicht nur als

nichtig, sondern forderte auch den König Robert auf, dem vom Bischofe ernannten Coadjutor keinen Schutz zu leisten. Die Handlungsweise war jedoch nicht immer ganz nach festen Regeln abgemessen, bis sich erst das neuere Dekretalrecht consolidirte. Schon Alexander III. leitete die Sache näher dahin ein, daß bei Gelegenheit, wo der Erzbischof von Lund in den neuerrichteten Cisterzienserorden übertrat, und das Kapitel mit Einstimmung des Königs ihm einen Nachfolger ernannte, die Bestätigung desselben dem Papste überlassen wurde. Mit mehr Energie schritt Innocenz III. zum Ziele, der überhaupt wegen seiner tiefen Kenntnisse in der Rechtsgelehrsamkeit nach dem Geiste und der Kultur seiner Zeit berühmt ist. *In cap. 5. X. de cler. aegrot.* entschied er den Fall, der ihm von den Primaten von Arles in Betreff des schon 5 Jahre zu Verrichtungen seiner bischöflichen Pflichten durch Krankheit unfähigen Bischofs von Orange vorgelegt wurde. Dieser Bischof wollte sich die Resignation, die ihm zugemuthet wurde, nicht gefallen lassen. Der Papst rescribirte also: *Cum ipsum ad cessionem compellere non possis, nec debeas ullo modo, nec adflicto addenda sit adflictio. . . nos volentes tam*
episcopo,

episcopo, quam ecclesiae providere, mandamus, quatenus illi coadjutorem adsociet. Der Papst gieng hierauf mit vieler Umsicht zu Werke; er setzte den Coadjutor nicht selbst, sondern machte dem Metropolitens blofs den Auftrag, mit Zustimmung des Regenten, des Bischofs und des Klerus, dann des Volkes eine taugliche Person auszuwählen, die zum Coadjutor des schwächlichen Bischofs von Orange ernannt werden könnte. Noch bestimmter und umsichtlicher entwickelt der nämliche Papst seine Grundsätze in einem gleichen Falle bei der Kirche zu Verdün — *Regest. 15. Ep. 194.* Als Fundamentalgrundsatz setzt er hier voraus, daß nur dann dem Bischöfe ein Coadjutor könne beigegeben werden, wenn es die Nothwendigkeit oder der Nutzen einer Kirche fordert, die aber in dem Falle als vorhanden angenommen werden müsse, wenn der Bischof Alters, Krankheits oder anderer wichtigen Ursachen wegen seiner Kirche nicht vorstehen könne. Innocenz gab also dem Geschäfte eine rechtliche und feste Einleitung; zu einem Reservatfalle erhob er es aber noch nicht, dieß that Bonifaz der VIII. *in cap. unde cler. aegrot. in 6to.* In diesem sagte er: *Pastoralis officii debitum exequentes declaramus*

atque statuimus, Coadjutorum episcoporum et Superiorum Praelatorum dationem intelligendam esse de causis majoribus, et referendam ad sedem apostolicam, ac ab ea, consuetudine contraria non obstante, postulandam. Ueber diese allgemeine Entscheidung erklärt sich aber der Papst näher, indem er zwischen einem *temporellen* und *perpetuum Coadjutorem* unterscheidet; die Bestellung des ersteren dem Bischofe und seinem Kapitel überläßt, den letzteren Fall, worunter man in der Sprache und in dem Sinne des canonischen Rechts der dortmahligen Zeiten einen *Coadjutor ad dies vitae* verstand *), reservirte. Von einem Coad-

*) Der H. V. der Schrift: Kirchenrechtliche Untersuchung über die Grundlage zu den künftigen katholisch-kirchlichen Einrichtungen in Deutschland: Von einem katholischen Rechtsgelehrten. Frankfurt am Main 1816, hat den Sinn der allegirten Dekretale nicht recht aufgefaßt, wenn er §. 39. p. 80. behauptet, nur die Coadjutorien mit dem Rechte der Nachfolge seyen ein Reservatrecht des Papstes, alle andere, wo dieß der Fall nicht wäre, seyen nach den *cap. 5. X. de cler. aegrot.* zu behandeln. Die-

jutor cum spe futurae successionis kömmt in dieser Dekretale noch Nichts vor; auch die gleichzeitige Geschichte zeigt kein Beispiel auf. Erst in der Folge verfiel man auf die Coadjutoren mit dem Rechte der Nachfolge. Ohne diesen Mittelweg einzuschlagen, würde sich sonst wohl sehr selten eine Gelegenheit ereignet haben, bei welcher die Päpste von dieser Reservation Gebrauch hätten machen können. Nachdem von dem 13ten bis in das 14te Jahrhundert hinein die Bischöfe ihre Diöcesen in der Art organisirt hatten, daß sie ihre *Vicarios generales in spiritualibus* und *pontificalibus* hatten, so drang sich gar keine Noth auf, einen Coadjutor anzustellen, wenn der Bischof auch Alters - und Schwachheits halber nicht mehr arbeiten konnte. Die Diöcesangeschäfte giengen ihren gemessenen Gang durch die General-Vikarien in jedem Bezuge, und es dürfte sich auch nicht leicht ein Individuum gefunden haben, welches bei den

ser Behauptung steht entgegen, daß zur Zeit, wo Bonifaz VIII. diesen Reservatfall aufstellte, die Coadjutorien mit dem Rechte der Nachfolge nicht bekannt waren, dann das *Axiom: lex posterior derogat priori.*

nun allmählich eingeführten beträchtlichen Confirmationstaxen die Stelle eines Coadjutors anzunehmen sich bereit gezeigt hätte, wenn ihm nicht das Recht der Nachfolge zugestanden worden wäre. Daraus bildeten sich dann nach und nach die Coadjutorien mit dem Rechte der Nachfolge. Die häufigen Anwartschaften auf Benefizien, die unter den mannichfaltigsten Vorwänden eingeführten Resignationen *in favorem*, überhaupt die nicht zu billigende Gewohnheit, in den Benefizien eine Art Erbrecht einzuführen, waren auch dieser Art günstig, und leiteten sie nach und nach ein.

§. 7.

So verhielt sich die Sache bis auf die Zeit des Kirchenraths von Trient. In zweien Sitzungen beschäftigten sich die Väter dieser Kirchenversammlung mit den Anwartschaften auf die Benefizien, nämlich: *Sess. 21. cap. 6.* und *Sess. 25. cap. 7. de reform.* In ersterer Stelle wurde geradeaus das Urtheil über alle Exspectanzen, worunter auch die Coadjutorien gehören, in Betreff der sogenannten *beneficiorum minorum* gesprochen, und sie in der Folge schlechterdings als

unzulässig erklärt. In der zweiten wurde zwar dieser Grundsatz in Bezug auf die *beneficia majora* in den Worten wiederholt: *Cum in beneficiis ecclesiasticis ea, quae haereditariae successionis imaginem referunt, sacris constitutionibus sint odiosa et patrum decretis contraria*, doch eine Ausnahme zugelassen. In Coadjutoriis quoque cum futura successione idem posthac observetur, ut nemini in quibuscunque beneficiis permittantur. Quodsi quando, fährt der Kirchenrath aber fort; *ecclesiae cathedralis aut monasterii urgens necessitas, aut evidens utilitas postulet, praelato dari coadjutorem, is non alias cum futura successione detur quam causa prius diligenter a sanctissimo romano pontifice sit cognita, et qualitates omnes in illo concurrere certum sit, quae a jure et decretis hujus S. Synodi in episcopis et praelatis requiruntur. Alias concessionēs super his factae subreptitiae esse censeantur.*

§. 8.

Diese Gesetzgebung hat wenigstens in Deutschland Reception erhalten. Seit den promulgirten tridentinischen Schlüssen wurde dieß Geschäft immer so behandelt, daß, wenn ein Bischof sich einen Coadjutor wünschte, oder

wenn sein Domkapitel Einen nothwendig fand, man sich an den päpstlichen Stuhl wandte, und unter Vorlegung der Gründe um die Erlaubniß, zur Wahl eines solchen Coadjutors vorschreiten zu dürfen, nachsuchte. Aus dieser Darstellung ergibt sich aber, daß die Frage, ob sich ein Bischof einen Coadjutor ernennen könne, dahin beantwortet werden müsse, daß der Bischof hiezu nicht berechtigt sey. Denn 1) in der Kirchengeschichte läßt sich kein Fall aufweisen, wo man eine solche Verfügung den Bischöfen allein, und ohne Rücksprache mit den oberen kirchlichen Behörden gestattet hätte *). Schon in den ersten Zeiten waren die Bischöfe aus ganz haltbaren Gründen in allen wichtigen Geschäften an ihre Pres-

*) Der einzig denkbare Fall wäre dieser, wenn man sich bei den Missionen in dem Falle befände, einen Nachfolger nothwendig zu haben. Dann dürfte wohl ein Bischof wie Paulus handeln, und sich einen Timotheus und Titus ordiniren. In unseren Zeiten werden die Missionäre für diesen Fall schon mit den nothwendigen Facultäten von dem Oberhaupte der Kirche voraus versehen.

byterien gewiesen; bei fortschreitender Organisation der Kirche mußten dergleichen Geschäfte an die Synoden gebracht werden. In dem neueren Kirchenrechte wurde es ein Reservatrecht des Papstes, und schon die Initiative wurde dem Papste vorbehalten. 2) Die Kirchengesetze, die dem Bischöfe diese Handlung untersagen, beruhen auf den wichtigsten Gründen. Nähme man das Gegentheil an; so würden in der Kirche die größten Unordnungen und Verwirrungen entstehen. Der so schädliche Nepotismus würde an der Tagsordnung seyn; die Simonie würde sich polybenartig verbreiten; das Verdienst würde überall zurückgedrängt werden, und die Zeiten würden wiederkehren, die wir schon erlebt haben, wo alle Aergernisse das Haus Gottes erfüllen und verunstalten würden. Daher muß es 3) selbst jeder Bischof fühlen, daß die Kirchengesetze, die ihm eine solche Handlung untersagen, zweckmäfsig sind, und er wird es um so weniger wagen, sie zu überschreiten, als er dadurch seinen Eifer für die Kirche nicht bethätigen, sondern nur zu Störungen Veranlassung geben würde.

§. 9.

So wenig aber die Kirche die Aufstellung der Coadjutoren begünstigt, so wenig hat sie solche auch ganz von der Hand gewiesen. Wie sehr richtig der Kirchenrath von Trient bemerkt, so sind zwar Coadjutorien mit dem Rechte der Nachfolge verboten, und dieß ist die Regel; aber es wird die Ausnahme im Falle der Nothwendigkeit und eines augenscheinlichen Vorthells, der zu erreichen wäre, beigelegt. Es entsteht demnach die 2te Frage: Unter welchen Bedingnissen kann ein Coadjutor einem Bischöfe beigelegt werden? Diese Frage kann aus einem doppelten Gesichtspunkte betrachtet und behandelt werden, a) nach dem allgemeinen Kirchenrechte, wie ihn die Kirchengesetze und die Praxis fixiren, und b) nach den besonderen Modifikationen, die er in Deutschland erfahren hat.

a) Nach dem allgemeinen Kirchenrechte wird ein Coadjutor aufgestellt, 1) wie der Kirchenrath von Trient l. c. sagt: *Si quandoque ecclesiae cathedralis aut monasterii urgens necessitas aut evidens utilitas postulaverit.* Diese aber ist nach den Kanonen nur in Krankheitsfällen, bei Schwächen des Alters,

und wo das alte Recht sagt: *Dans scandala cedere possit*, vorhanden. Alles bezieht sich hier nur auf die Kirche und die kirchlichen Zwecke, und das gemeine Recht kennt ganz und gar keine politischen Verhältnisse. 2) Nach dem gemeinen Kirchenrechte stellt der Papst, nachdem er die Ursachen, die ihm der Bischof oder sein Kapitel vorgelegt, geprüft hat, einen Coadjutor auf. Es ist Gnadensache, die der Papst einer Kirche bewilliget, und wenn dieß auch gerade nicht in dem Dekretalenrechte liegt; wenn es auch nicht die Sanction des tridentinischen Kirchenraths mit dürren Worten sagt, so liegt es doch in dem Sinne eines Reservatfalles, und die Päpste machten hierauf reellen Anspruch, wo sie es immer durchsetzen konnten. 3) Nach dem gemeinen Rechte läßt sich keine Coadjutorie denken, wenn der Coadjutor dem Coadjuvanden nicht actuelle Dienste leistet; denn nur der Nothfall, oder der zu erreichende grössere Vortheil rechtfertiget die Aufstellung eines Coadjutors, die ausserdem zu den unförmlichen Gratien gehören würde, wegen welcher dem römischen Stuhle zuweilen nicht ganz ungegründete Vorwürfe gemacht worden sind. 4) Nach dem gemeinen Rechte fällt die *coad-*

jutoria perpetua ganz hinweg, wenn der Coadjuvant vor der Expedition der päpstlichen Bullen stirbt, weil theils der inzwischen verlebte Bischof keines Coadjutors mehr bedarf, theils die Coadjutorie nur auf die Lebzeiten des Bischofs, nicht nach seinem Tode ein Recht gab. 5) Nach gemeinen Rechten ist die Aufstellung eines Coadjutors entweder bloß Sache des Bischofs oder seines Kapitels, oder beider zugleich, nachdem sich die Fälle denken lassen, daß entweder der Bischof allein sich einen Coadjutor wünscht, ohne das mit ihm das Kapitel gleiche Ueberzeugung theilt, oder das Kapitel einen Coadjutor für nothwendig hält, wozu der Bischof seine Einstimmung verweigert, oder das beide, Bischof und Kapitel, harmonisch handeln. Im letzteren Falle waltet zwar gar kein Anstand ob; im im ersterem hätte aber der Papst den Ausschlag zu geben.

§. 10.

Allein von dem gemeinen Rechte weicht
b) die Praxis wenigstens in Deutschland, wie sie auch der römische Stuhl anerkannt hat, in Vielem ab. 1) Die Coadjutorien wurden seit der Reformation nicht bloß wegen

canonischer Ursachen, sondern fast mehr noch wegen politischer gestattet *). Man hatte nämlich die Bemerkung seit der ersten Säcularisation durch den Religions - und westphälischen Frieden gemacht, daß die Aufstellung eines Coadjutors mit dem Rechte der Nachfolge, besonders wenn sich ein Subject aus einem mächtigen deutschen Fürstenhause dazu vorfand, ein kräftiges Gegenmittel sey, manches Ungewitter, das sich bei der Stuhlerledigung über den Episcopat hätte zusammenziehen können, zu beschwichtigen. Da sich von dieser Zeit die Gefahr der Säcularisation mehrmahlen wenigstens von Ferne zeigte; so wurde dieser Ableiter öfters angebracht, und man wußte bis auf das J. 1800 herab immer politische oder politisch - kirchliche Gründe anzugeben, wodurch man die Aufstellung eines Coadjutors einzuleiten, und auszuführen suchte. 2) In Deutschland wird die Aufstellung eines Coadjutors nicht anders als eine anticipirte Wahl betrachtet.

*) Geistliches und weltliches Staatsrecht der deutschen katholisch - geistlichen Erz - Hoch- und Ritterstifte von Joseph Edlen von Sartori. Nürnberg 1788, 1. B. 2. Th. 8. Kap.

Nachdem der Papst in den Konkordaten §. 3. der deutschen Nation die Freiheit der Bischofswahlen zugesagt, und wenn sie canonicus ausfallen würden, die Bestätigung garantirt hatte; so ist man von den Wahlformen hiebei nie abgegangen, und alles, was das *cap. 42. X. de Elect.* vorschreibt, ist ganz streng beobachtet worden. Man hat auch diese Wahlfreiheit gegen die jeweiligen gewagten Eingriffe des römischen Stuhls als ein heiliges Palladium angesehen, welches man sorgfältig schätzen zu müssen glaubte, weswegen man sich immer bei einer Gefahr, es zu verlieren, an die kaiserliche Advokatie wandte, und deren Beistand gegen Verletzungen reclamirte. 3) In Deutschland dürfte der Coadjutor dem Coadjuvanden, wenn dieser nicht wollte, gar keine Dienste leisten, oder nur in dem Mafse, in welchem er sie verlangt. Eben so hatte er als Coadjutor weder Rang, noch Belohnung; das einzige Successionsrecht blieb ihm, alles Andere hieng von der Bestimmung des Bischofs ab; es sey denn, der Bischof wäre ganz unfähig gewesen, seiner Diöces vorzustehen, in welchem Falle der Coadjutor in Vereinigung mit dem Kapitel nähere Verfügungen zu treffen, und

durch Anzeige an das Oberhaupt der Kirche die nothwendige Einleitung zur Administration der Diöces zu bestimmen hatte. 4) In Deutschland hört die Aufstellung eines Coadjutors nicht auf, wenn der Coadjuvand vor der Ezpedition der päpstlichen Bestätigungsbriege stirbt; er hat aus der Wahl ein *jus ad rem*, und kann diese Bestätigung als einen Akt der Gerechtigkeit verlangen, wenn der Wahl sonst kein kanonisches Hinderniß entgegen steht. 5) In Deutschland hängt es zwar von der Einwilligung des Bischofs und seines Kapitels, und, im Falle diese unter sich uneinig seyn sollten, von der Entscheidung des Papstes ab, ob dem Bischofe ein Coadjutor beigestellt werden wolle. Allein es würde doch für einen solchen Fall auch die Konkurrenz des weltlichen Regenten - ehemals des Kaisers - nicht umgangen werden können.

§. 11.

Wirft man nun einerseits einen Blick auf diese rechtlichen Principien, und vergleicht sie andererseits mit dem Zustande der Dinge, wie er dermahlen in Deutschland ist; oder vielmehr subsumirt man den vorliegenden Fall der Aufstellung eines Coadjutors in dem

Bisthume Konstanz auf diese, so hat sich seit 1813 in der deutsch-katholischen Kirche eine solche Aenderung ergeben, daß man zweifelhaft wird, ob man den Bestimmungen des Kirchenrechts im allgemeinen, und insbesondere auf Deutschland, und noch mehr in Bezug auf den angeführten Akt eine Anwendung geben, und wie man ihm überhaupt eine rechtliche Seite abgewinnen könne; denn die Coadjutorie setzt 1) ein wirklich dotirtes Bisthum voraus; aber in diese Kategorie kann das Bisthum Konstanz in seiner dermahligen Lage nicht wohl eingereiht werden. Wenn gleich der päpstliche Stuhl zu den Veränderungen, die die Säcularisation herbeigeführt, seine Einwilligung noch nicht gegeben hat, mithin solche von dieser Seite noch nicht als legal anerkannt und betrachtet werden wollen; so ist doch die Lage dieses Episcopats dermahlen ganz prekär. Denn der §. 63. des Deputationshauptschlusses vom 25. Febr. 1803, nach welchem die bischöflichen Diöcesen in ihrer bisherigen Verfassung in diesem Zustande, in welchem sie sich bis auf den 25. Februar 1803 befanden, verbleiben sollen, bis auf eine reichsgesetzliche Art eine andere Einrichtung

beliebt werden wird, haben die weltlichen Regenten so ausgelegt, daß sie diess nur von den Diöcesangränzen, nicht aber von der Dotation, welche sie bekanntlich mit ihren Domainen vereinigt haben, verstehen. Kein einziger Episcopat hat daher nach den §§. 34. 35. des Reichs-Deputationsschlusses eine Dotation mehr; und doch kann nur nach den Gesetzen bei der Aufstellung eines Coadjutors von einem dotirten Episcopate die Rede seyn. Man hat zwar Beispiele, und Deutschland biethet mehrere dieser von den ältesten Zeiten dar, daß man *episcopos regionarios* hatte; heut zu Tage ist diess noch in den Missionsländern der Fall. Allein wird wohl der Herr Bischof von Konstanz sein Episcopat von diesem Gesichtspunkte betrachten wollen? Und wenn, wie zuverlässig, diess der Fall nicht ist, kann er bei diesem Schritte auf eine sichere Zukunft rechnen? Kein Episcopat in Deutschland dürfte so große Veränderung leiden, als der Konstanzer. Schon wirklich ist der Antheil desselben, der sich in die Schweiz erstreckt, getrennt. Es ist zu gewärtigen, daß die Kronen Oesterreich, Bayern und Würtemberg ihre Länder auch trennen werden; der geringste Theil der Diöces wird

daher für das Großherzogthum Baden zurückbleiben, der, da die deutschen Territorialbesitzungen noch nicht definitiv bestimmt sind, vielleicht in Bezug auf die Diöces Konstanz so klein seyn möchte, daß er nicht einmahl die zu einem Bisthume nothwendige Seelenzahl faßt. Zu welchem Zwecke also eine so große Anomalie? Ein Coadjutor ohne dotirtes Bisthum, ein Bisthum ohne fixe Gränze, ein Schafstall ohne einen gewissen Hirten, was kann anders aus einer solchen Handlung, als Verwirrung folgen? Wenn auch das Bisthum Konstanz dermahlen unter seinem Bischofe nicht nominal, sondern reell existirt, so ist dieß doch für den Nachfolger der Fall nicht, da eine neue Organisation der deutsch-katholischen Kirche absolut nothwendig ist, und diese Kirche hierüber durch den Deputationshauptschluss §§. 35. 63. das feierliche Versprechen von den Repräsentanten der Nation erhalten hat. Ist es räthlich, daß ein Bischof durch einen gewagten Schritt der deutschen Kirche die Vortheile entrücke, die sie von uniformen Mafsregeln zu erwarten hat.

§. 12.

Ferner bei Aufstellung eines Coadjutors ist es unerläßliche Pflicht des Bischofs, nicht nur den Beirath, sondern auch die Zustimmung seines Domkapitels zu erholen und zu erhalten. Der Herr Fürst-Primas, als Bischof zu Konstanz, kann sich über diese Bestimmung um so weniger hinwegsetzen, als sie durch das gemeine recipirte Kirchenrecht sanctionirt, durch den allgemeinen Kirchenrath von Trient bestätigt, bisher in dergleichen Geschäften durch eine ununterbrochene Praxis beobachtet worden ist, und als er selbst die Bestätigung des ernannten Herrn Coadjutors von dem Papste verlangt, der wohl nicht anders bewogen werden kann, diese zu ertheilen, als nach den legalen Vorschriften der Kirche. Allein von einer solchen Einwilligung oder Zustimmung ist kein Wort in den bekannt gewordenen Erklärungen des Herrn Bischofs von Konstanz zu entdecken. Man könnte zwar anführen: Das Domkapitel von Konstanz, wie alle übrige deutsche Domkapitel, sind aufgelöst, existiren nicht mehr als kirchliche Körper. Allein wenn dieß auch in politischer Beziehung wahr seyn mag, so ist es doch in kirchlicher nicht rich-

tig. In diese Auflösung muß nun auch das
 Oberhaupt der Kirche einwilligen. Dieses
 haben selbst mehrere Stimmen bei dem De-
 putationshauptschlusse anerkannt, und er-
 klärt, daß man sich mit dem päpstlichen
 Stuhle annoch arrangiren müsse. Hierauf hat
 auch der Papst durch seinen Legaten ange-
 tragen, und durch keinen Akt hat derselbe
 die von den deutschen Fürsten gegen die ka-
 tholische Kirche ergriffenen Maßregeln aner-
 kannt. Daß er aber insbesondere die Dom-
 kapitel im kirchlichen Sinne noch als existi-
 rend betrachte, ergiebt sich daraus, daß er
 bei erfolgten bischöflichen Stuhlerledigungen
 immer darauf bestand, daß die Domkapitel
 die Administration der Diöces zu übernehmen
 hätten, und nur dann einen *Vicarium apos-
 tolicum* aufstellte, wenn ihm berichtet wur-
 de, daß sich das Domkapitel als solches
 nicht gerire. Der Herr Fürst-Primas, als Bi-
 schof von Konstanz, mußte sich demnach
 auf alle Fälle verpflichtet halten, die Zustim-
 mung seines Domkapitels, welches sich col-
 legialisch zu versammeln, und in der ge-
 wöhnlichen Form zu berathen hatte, einzu-
 holen, und es wird um so unerklärbarer, wa-
 rum dieß nicht geschehen oder ausgedrückt

worden ist, als sich erst vor Kurzem dieses nämliche Domkapitel durch Hrn. Dr. Reinger an sämtliche bischöfliche Ordinariate wandte, sich über die durch Se. päpstliche Heiligkeit geschehene Trennung des in der Schweiz gelegenen Antheils des Konstauzer Bisthums beschwerte, und deren Beistand zur Hebung dieser beschwerenden Verfügung reclamirte *) Es entsteht daher die Frage: Entweder existirt das Konstanzische Domkapitel oder es existirt nicht. Im ersten Falle war der Herr Bischof nicht nur an seine Einwilligung gebunden, sondern diesem Collegium stand sogar das Wahlrecht zu, oder es

*) Die Tendenz dieses Aktenstückes läßt sich schwer erklären. Der Herr Fürstbischof von Konstanz scheint an dieser Protestation keinen Antheil genommen zu haben, wenigstens wird er in derselben nicht berührt. Warum liefs er sie aber doch zu? Warum erklärte er sich weder für noch gegen dieselbe? War die Trennung dieses Diöcesantheils mit seiner Bewilligung geschehen; warum gestattete er diese Protestation? oder warum willigte Er ohne Consens seines Domkapitels in diesen Akt ein, wenn es noch rechtlich existirte?

müßte doch wenigstens auf eine legale Art nachgewiesen werden, daß es bei Aufstellung eines Coadjutors auf den Herrn Bischof compromittirt habe. Ist aber diese gesetzliche Vorschrift erfüllt worden, warum wurde es nicht bemerkt? Im zweiten Falle wäre es nothwendig gewesen, vor dem Akte der Benennung des Herrn Coadjutors wenigstens Sr. päpstlichen Heiligkeit Nachricht zu ertheilen, und nach der tridentinischen Verordnung: *Causa prius a sanctissimo romano pontifice cognita*, die päpstlichen Gesinnungen zu erholen. Daher fällt auch in der Beziehung auf die vorgeschriebenen Bedingnisse rücksichtlich des bei einem solchen Akte beteiligten Domkapitels das Urtheil über die Rechtlichkeit dieses Schrittes nicht günstig aus.

§. 13.

Eine weitere gesetzlich vorgeschriebene Bedingniß bei der Aufstellung eines Coadjutors ist nach der Sprache des Kirchenraths von Trient *urgens necessitas aut evidens utilitas*. Aus den weisesten Absichten, und um den Mißbrauch der Erblichkeit in den Benefizien zu vermeiden, hat man, wie gezeigt worden ist, das Urtheil hierüber nie den ein-

zeln Kirchenvorständen allein überlassen. Es war sehr begreiflich, daß man in einem solchen Geschäfte eine Controle einführen mußte, indem es sonst den Bischöfen nicht an Vorwänden, das Gesetz zu umgehen, gefehlt haben würde. In Anwendung auf den vorliegenden Fall mag es zwar dem Herrn Fürst-Primas, als Bischofe von Konstanz, noch weniger, als in dem vorhergegangenen Falle, wo er den Herrn Cardinal Fesch zu seinem Coadjutor in der Primatialwürde annahm, an Gründen fehlen; es mag die traurige Lage des deutschen Episcopats, der dem gänzlichen Erlöschen nahe ist, jedem ohnehin in die Augen fallen, und der gefühlvolle Freund der katholischen Kirche wird es sich nicht verhehlen, daß eine neue Organisation derselben dringendes Bedürfnis sey. Setzt man noch hinzu, daß bisher alle Versuche, diese Organisation zu bewirken, gescheitert sind, so will es das Ansehen gewinnen, als wenn nicht nur das dringendste Bedürfnis, einen solchen Schritt zu wagen, notorisch, sondern der hieraus entspringende Nutzen evident sich darstelle. Allein hiegegen läßt sich mit Grund erinnern: Die Beurtheilung dieser Umstände und der Schritt zu einem solchen Akte selbst,

bleibt immer ein Urtheil in seiner eigenen Sache. Es ist wahr, das Loos der deutschen Kirche ist traurig; kann sie aber ihr Wohl in isolirten Handlungen ihrer Vorstände finden? Einheit ist von jeher der Charakterzug der katholischen Kirche gewesen; Einheit ist selbst die löbliche Tendenz des Herrn Fürst-Primas, und ausgezeichnet und im hohen Grade patriotisch sind seine erhabenen Bemühungen eine Nationalkirche zu bilden und herzustellen. Wird aber wohl diese Idee erreicht, die Bemühungen mit einem guten Erfolge gekrönt werden, wenn man sich von dem Ganzen trennt, und wenn man so unvollständige Mafsregeln ergreift? Wer kennt nicht die nachtheilige Stimmung gegen die katholische Kirche, die vorherrschend ist; das *divide et impera* muß dieselbe unvermeidlich treffen, wenn unter den Kirchenvorstehern keine Harmonie ist. Es muß der katholischen Kirche gleichviel an Personen, die den Episcopaten vorstehen, als an einem ordentlich und dauerhaft hergestellten Episcopate selbst liegen, und die Gläubigen können nur darin Beruhigung finden, wenn sich ihr Gewissen nicht gegen eine Mafsregel sträuben muß, die als abweichend von der

Einigkeit in der Kirche und als anomal erscheint; kann aber wohl dieß der Fall bei der Ergriffenen seyn? Werden sie selbst die übrigen Souveräne gutheissen? Und werden nicht selbst protestantische Fürsten Bedenkllichkeiten finden, ihr beizutreten? Diese Art, den deutschen Episcopat zu ergänzen, wird daher von Seite der deutschen Kirchenvorsteher und selbst der Regenten Anstand finden; noch mehr von Seite des päpstlichen Stuhls. Die Aufstellung eines Coadjutors gehört immer zur Ausnahme; sie kann nicht, sie darf nicht allgemein werden; in Deutschland dormalen um so weniger, als viele Bischöfe verlegt sind, die Existenz ihrer Domkapitel zweifelhaft, mithin dieser Ausweg gar nicht allgemein anwendbar ist. Vielmehr möchte man annehmen, daß es eher scheine, als wenn der Papst auf die Bestellung dieser Kirchen für einen außerordentlichen Fall ein Vorrecht habe. Gewiß wird man es auch dem Oberhaupte der Kirche nicht verargen können, wenn er nicht eher in diesem Gegenstande einschreitet, als bis die Bedingnisse erledigt sind, die den kirchlichen Anstalten eine dauerhafte Existenz versprechen. Episco-

pate und Coadjutorien *in partibus* frommen der Kirche nicht.

§. 14.

Aus dieser Darstellung fließt das Resultat, daß die Bedingungen nicht vorhanden, oder doch wenigstens nicht erschöpft sind, welche von dem Kirchenrechte erfordert werden, wenn der Bischof einen Coadjutor sich beistellen will. Diese Erörterung leitet schon die Beantwortung der dritten Frage ein, ob der Papst verpflichtet sey, den von dem Herrn Fürst-Primas als Bischof zu Konstanz ernannten Coadjutor zu bestätigen, und ob, im Falle er ihm die Bestätigung verweigern sollte, der Herr Fürst-Primas diesem Coadjutor die Bestätigung ertheilen dürfe?

§. 15.

Der erste Theil dieser Frage ist zwar in dem Vorgehenden schon zum Theil beantwortet worden, indem gezeigt worden ist, daß die Bedingnisse, die die canonischen Gesetze zur legalen Errichtung einer Coadjutorie vorschreiben, nicht vorhanden sind, woraus der Schluß hervorgeht, daß auch, da die Coad-

jutorie zu ihrer rechtlichen Existenz die Bestätigung des Papstes fordert, diese weder mit Billigkeit erwartet, noch mit Grund ertheilt werden könne; dafs daher die an den Papst gemachte Forderung, den Herrn Generalvikar, Freiherrn von Wessenberg, als Coadjutor und Coadministrator des Bisthums Konstanz die Bestätigung zu ertheilen, von dem Papste verweigert werden müsse. Allein ich halte nicht für überflüssig, den bereits angegebenen Gründen noch folgenden, der in näheren Bezug auf Deutschland stehet, beizufügen. Es ist ein von allen Katholiken anerkannter Grundsatz, dafs dem Papste, als Oberhaupte der Kirche, die Pflicht aufliege, für das Wohl der ganzen und jeder einzelnen Kirche zu sorgen. Diese Pflicht dringt sich dem Papste dermalen vorzüglich gegen die deutsch-katholische Kirche auf, die, wie bekannt, in der zerrüttesten Lage ist. Die Katholiken in Deutschland heften ihre Augen auf ihr kirchliches Oberhaupt hin, der Papst richtet seine Blicke auf diese Kirche. Seit dem Anfange dieser Verwüstungen hat der Papst nicht unterlassen, das Loos dieser Kirche zu beherzigen, und die geeigneten Wege aufzusuchen, ihr Hülfe zu leisten.

Es ist zu bekannt, welche Hindernisse jedem Pacifikationsgeschäfte entgegengescho-
ben, und von welcher Seite, mit wel-
chem Geiste, nach welcher Tendenz diesel-
ben gemacht worden sind. Jeder Unparthei-
sche, wenn er selbst einer anderen christli-
chen Konfession zugethan ist, wird gestehen
müssen, daß man nirgends den Willen hatte,
mit dem Oberhaupte der Kirche sich über die ka-
tholischen Kirchenangelegenheiten in Deutsch-
land zu vereinigen. Nur Geduld, Muth und
Standhaftigkeit, die das Kirchenoberhaupt
theils diesen Stürmen, theils dieser Indolenz
entgegensetzte, konnten noch manches Un-
glück verhindern, welches diese bedrohte.
Wenn es nun aber von Seite des Kirchen-
oberhauptes nie an der Bereitwilligkeit und
dem guten Willen gefehlt hat, die deutschen
Kirchenangelegenheiten ins Reine zu setzen;
wenn das Unglück, welches das katholische
Kirchenwesen in Deutschland trift, nicht auf
seine Rechnung zu setzen ist; wie soll es in
einen Vorschlag eingehen, der gleich ge-
fährlich für die Rechte des Papstes,
als das Wohl der katholischen Kirche
in Deutschland ist? Gefährlich für die
Rechte des Papstes. Wenn die deutsch-

katholische Kirche einmahl wieder einen Episcopat hätte — und diesen, gelänge dieser Vorschlag, würde sie bald haben, der Herr Fürst-Primas könnte vier Coadjutoren creiren — dann würde man alle übrigen rechtlichen Forderungen, die der Papst mit den solidesten Gründen an Deutschland machen kann, ablehnen, und den nothwendigen Einfluß desselben auf alle Art beschränken; eine Parthei in dem deutschen Klerus selbst, die sich immer offener ankündigt, *) würde die entworfene Idee eines Patriarchates für Deutschland ausführen, und zuverlässig wäre die Folge davon die Trennung der Katholiken unter sich. Man irrt sich, wenn man glaubt, diese Absichten fühle nicht der päpstliche Stuhl, und erkenne sie nicht als gefährlich; wie will man dann

*) Vergl. die Schriften: Kirchenrechtliche Untersuchung über die Grundlage zu den künftigen katholischen Kircheneinrichtungen in Deutschland. Frankfurt am Main 1816. Die deutsche Kirche. Ein Vorschlag zu ihrer neuen Begründung und Einrichtung. 1815. — Entwurf einer neuen Verfassung der deutsch-katholischen Kirchen in den deutschen Bundesstaaten 1816.

eine Confirmation von dieser Seite erwarten? Und stehen nicht, rechtliche und politische Gründe ihrer Ertheilung im Wege? Aber auch gefährlich ist dieser Vorschlag für das Wohl der deutschen Kirche selbst. Auf diese Art würde man einen Episcopat ohne Dotation, ohne fest gegründete nothwendige Anstalten, ohne Ansehen, ohne Gesetz und Recht haben. Diese Kirche würde wie bisher der Spielball eines der Kirche unholden Philosophismus werden; ihre Anstalten würden jeder Kritik unterliegen, ihre innere Freiheit wenig geachtet und angetastet, und sie in ihrem Wirkungskreise ganz gehemmt werden. Nur in der Vereinigung mit dem päpstlichen Stuhle und der festen Behauptung ihrer Rechte kann sie sich ein besseres Loos versprechen. Der von dem Herrn Fürst-Primas an den Papst gestellte Antrag, den Herrn Generalvikar von Wessenberg als Coadjutor zu bestätigen, kann daher in keiner Rücksicht den Beifall desselben finden, und der Herr Fürstprimas wird es nicht übel deuten können, wenn die verlangte Bestätigung nicht erfolgt.

§. 16.

Darf aber für diesen Fall der Herr Fürst-Primas als Metropolit nicht zu der Bestätigung dieses Coadjutors schreiten? Ich würde es kaum gewagt haben, diese Frage aufzuwerfen, wenn nicht der Herr Fürst-Primas in seiner Erklärung ausdrücklich erwähnt hätte, daß er die päpstliche Bestätigung verlangt habe, und wenn in neueren Zeiten bei Gelegenheit der Irrungen zwischen dem vormaligen französischen Kaiser Napoleon und dem Papste Pius VII. diese Frage nicht sehr illüster und wichtig geworden wäre*), ferner wenn mir nicht durch das

*) Es ist eine noch sehr bekannte Sache, daß Napoleon durch Veranstaltung einer französischen Nationalsynode im J. 1811 den Versuch machen wollte, die französische Nationalkirche, oder vielmehr die Kirche seines ganzen Reiches von dem päpstlichen Stuhle loszureisen, oder den Papst zu zwingen, sich als seinen Unterthan zu betrachten, und sich seinen Dispositionen hinzugeben. Er dictirte daher der von ihm geschaffenen, oder vielmehr erzwungenen Synode 5 Propositionen, die sie dem Papste vorlegen, und wenn er sie nicht annehmen sollte, weiter fort-

Archiv für das katholische Kirchen- und Schulen-Wesen, herausgegeben von einer Gesellschaft. 3. B. 3. St. Frankfurt am Main, 1815, welches als

fahren sollte. Der Uebersicht wegen, und weil sie in Verbindung mit dem vom Herrn Fürst-Primas an den Papst geschehenen Antrag zu stehen scheinen, setzte ich sie hier bei: *Le Concile nationale est competent pour statuer sur l'institution des Evêches en cas de nécessité. Art. 1. Conformement à l'esprit des canons les archevêches et evêches ne peuvent rester vacants plus d'un an pour tout delai: dans cet espace de temps la nomination, l'institution, et la consecration devront avoir lieu. — Art. 2. L'Empereur sera supplié de continuer à nommer aux sièges vacants conformement aux concordats, et les nommes par l'Empereur s'adresseront à notre saint Pere le pape pour avoir l'institution canonique. — Art. 3. Dans les six mois, qui suivront la notification faite au pape par les voies d'usage de la dite nomination, le pape donnera l'institution canonique, conformement aux concordats. — Art. 4. Les six mois expirés, sans que le pape ait accordé l'institution, le Metropolitain, et à son défaut le plus ancien evêque de la province ecclesiasti-*

halboffiziel für die Gesinnungen des Herrn Fürst-Primas betrachtet werden kann, eine Veranlassung gegeben würde, diese Frage näher zu beleuchten. In diesem Stücke kömmt

que procedera à l'institution de l'evêque nommé; et s'agiroit de l'instituer le Metropolitain, le plus ancien évêque de la province confereroit l'institution. — Art. 5, Le présent décret sera soumis à l'adprobation de notre saint Père, le pape; et à cet effet Sa Majesté sera suppliée, de permettre, qu'une deputation composé de six eveques se rendre auprès de sa sainteté, pour le prier, de confirmer un décret, qui seul peut mettre un terme aux maux des églises de l'empire françois et du royaume d'Italie. Die Standhaftigkeit des Papstes einer, und die Majorität der französischen Bischöfe anderer Seits hat zwar die schlimmen Folgen, die entweder die Acceptation dieses Decrets, oder seine gewaltsame Durchsetzung hätte haben müssen, vereitelt; aber es wäre doch leicht möglich, daß man die Scene verändern wollte!!! Vergl. das National-Concilium zu Paris im Jahre 1811 mit authentischen Aktenstücken. Vom Canonicus F. A. Melcher's, Subregens im bischöflichen Seminar zu Münster. Münster bei Friderich Theissing, 1814.

ein Aufsatz vor, überschrieben: Materialien über das Recht der Metropolitcn, die ernannten Bischöfe zu bestätigen, der ganz die Physionomie dieser Grundsätze trägt. Es kann daher mir als keine Vermessenheit, noch als eine Voreiligkeit ausgelegt werden, wenn ich diese Frage näher untersuche. Um auch den Schein jeder befangenen Untersuchung zu vermeiden, so lege ich zuerst die Gründe für diese Behauptung dar.

§. 17.

In der angezeigten Schrift wird diese Befugniß dem Metropolitcn für den Fall, wo der päpstliche Stuhl vakant oder auf irgend eine Art verhindert ist *), aus folgenden Gründen zugesprochen. a) Dieses Recht stand nach der alten Kirchendisziplin vom 4ten bis in das 13te Jahrhundert den Metropolitcn zu. Wenn solche auch seit der Einführung des Syno-

*) Die angebrachte Modifikation trägt nichts aus, wenn erwiesen werden kann, daß der Metropolit dieses Recht sich nach seinem Urtheile beizulegen befugt ist.

Synodalsystems bei der Ausübung desselben an die Provinzialsynoden hingewiesen waren; so übten sie doch es wieder frei und allein aus, als diese Synoden aufhörten. Zur Zeit des Calixtinischen Vertrags waren sie noch in dem ausschließenden und von den Päpsten anerkannten Besitze, wie aus dem Art. 1. erhellet *), wo es heißt: *Siqua inter partes discordia emergerit, caesar Metropolitani et provincialium consilio v. iudicio assensum praebeat.* Erst nachher, als sich die Päpste erlaubten, durch ihre Reservationen das vorher gerettete freie Wahl - und Begebungsrecht manchfaltig zu beschränken, kam dieses Recht von den Metropolitern ab, theils weil die Bischöfe, nachdem sie von den Päpsten die Bestätigung erhalten hatten, sich wenig mehr um den Metropolitern bekümmerten, theils weil die Konsekration ohne Bestätigung kein Gegenstand von Werth und Folgen mehr für den Metropolitern war. Als im 13ten Jahrhunderte das Confirmationsrecht *causa major* wurde, und als solche in den Konkordaten der deutschen Nation anerkannt worden ist; so blieben doch die Metropolitern in dem

*) *Concordata nat. germ. integr. Fasc. 1. pag. 37.*

Rechte der Ausübung desselben, wenn der päpstliche Stuhl an dieser Ausübung gehindert wurde, wie dieß durch Beispiele in Spanien vom J. 1398, in Frankreich vom J. 1408, und in Deutschland während der siebenjährigen Neutralität, die die Deutschen bei den Irrungen zwischen dem Concilium zu Basel und dem Papste Eugen IV. beobachteten, nachgewiesen werden kann. Für diese Praxis streitet auch der stärkste Grund. Es muß in der Kirche, wie im Staate, unwandelbares Princip seyn: *Salus ecclesiae suprema lex esto.* Dem wirklichen Befsten der Religion müssen alle römische Ansprüche auf Disciplinarrechte nachstehen. Die Erhaltung der Religion fordert Bischöfe. Ist ihre Bestätigung durch den Papst moralisch unmöglich, weil er durch gewisse Zufälle außer Stand gesetzt ist, sein Recht auszuüben, so gebührt *jure postliminii* den Metropolitnen das Recht, den ernannten Bischof so lange zu confirmiren, als der römische Stuhl gehindert ist. b) Die Analogie mit anderen Reservatfällen und ihrer Behandlung während des gehemmten Recurses an den römischen Stuhl spricht auch für dieses Recht. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß die Dispensfälle in gewissen Ehehindernissen, die

dem römischen Stuhle reservirt sind, bei ver-
hindertem Recurse von den Ordinariaten er-
theilt werden, weil alsdann die Reservation
aufhört; warum sollte nicht auch der Metro-
polit sich seines ursprünglichen Rechts in die-
sem Falle bedienen können? Für diese Be-
hauptung spricht auch c) die Geschichte.
Immer, wie bereits bemerkt worden ist, ha-
ben die Metropoliten, *sede apostolica impedita*,
die Bischöfe bestätigt, und der römische Hof
hat nicht dagegen protestirt, und doch weiß
man, wie sorgsam die Curie sich gegen alles
Verfahren, was nur von ferne ihren Ansprü-
chen Nachtheil bringen kann, erklärt. End-
lich d) kann man diesen Gründen noch bei-
fügen, daß es der römische Stuhl gar nicht
mißbilligen kann, wenn die Metropoli-
ten ein Recht, das aus der Urzeit (?) des
Christenthums sich herleitet, in einem solchen
Verhinderungsfalle ausüben, indem dadurch
schlimme Folgen, die der Verschub der Be-
stätigung der Bischöfe nach sich ziehen muß,
beseitiget werden.

§. 18.

Diese Gründe haben zwar einen Schein
vom Recht, aber genauer geprüft, halten sie

die Probe nicht aus. Ich überlasse das Urtheil, das ich fällen werde, jedem Unpartheiischen. *Ad a.* Es mag ganz richtig seyn, daß von dem 4ten bis in das 13te Jahrhundert das Konfirmationsrecht den Metropolitzen zustand; daß die Metropolitzen dasselbe erst spät durch die päpstlichen Reservationen und das Zusammenwirken noch anderer Ursachen verloren haben. Allein was folgt daraus? Gewiß nicht, daß sie dasselbe einzeln, und ohne Verfügung der Kirche, wodurch sie dieses Recht ehemahls erhalten und wieder verloren haben, sich beilegen dürfen. Es war ja doch ein Zeitpunkt. wo die Metropolitzen dieß Recht nicht besaßen; es wurde erst im 4ten Jahthunderte ihnen durch die Gesetze der Synoden zugesprochen. Als die Ausübung desselben in ihren Händen der Kirche nicht mehr nutzbringend war *), so leitete

*) Der Geschichtsforscher weiß, daß die Metropolitzen, grösstentheils Creaturen oder gar Sklaven der Könige, dieses nicht mehr zum Nutzen der Kirche ausüben konnten. Was vermöchten diese gegen die Simonie? Was dürften sie als Creaturen der Höfe, die die meisten Episcopate auf eine den Kirchengesetzen zuwiderere Art erlangt hatten, sagen?

schon das Gefühl der Nothwendigkeit die Kirche dahin, ein anderes Mittel zu ergreifen. Man irrt sich sehr, und ist mit dem Geiste des Zeitalters nicht bekannt, wenn man glaubt, die ansehnlichen und so ausgedehnten Rechte der Päpste wären lauter Abdringungen und Usurpationen gewesen; es wäre denselben nicht möglich geworden, diese an sich zu ziehen, und sie würden unübersteigliche Hindernisse gefunden haben, wenn nicht das Bedürfnis allgemein gefühlt worden wäre, daß die Metropolitane weder mit Nutzen noch Energie dieses Recht mehr ausüben konnten, und wenn nicht der bessere Zeitgeist in den Päpsten die Kraft und das geeignetste Mittel gefunden hätte, den Unordnungen, die auf dem alten Wege sich eingeschlichen hatten, zu entgehen. Nur die Päpste konnten dazumahl den Kampf, den die Kirche hatte, bestehen; nur die Päpste konnten nach festen Principien die Geschäfte leiten, wie diess die ganze Geschichte des Mittelalters bezeuget; daher ist ihnen auch nebst anderen, ohne großen Widerstand, dieses Geschäft überlassen worden. So wie die Kirche einstimmig, und beinahe seit 7 Jahrhunderten, ihnen dasselbe zuerkannt hat, so kann es ihnen auch nur

auf diesem Wege wieder entzogen werden. Es ist zwar richtig, daß diese Einrichtung nur eine disciplinäre Einrichtung ist; allein sie ist eine nothwendige, eine schon aus dem Gesellschaftszwecke fließende wesentliche Einrichtung. So wie die Kirche ein bestimmtes Glaubenssymbol nothwendig hat, um eine bestimmte Kirche genannt werden zu können, so ist ihr auch ein Schema für die zweckmäßige Leitung ihrer Geschäfte nothwendig. Eines wie das andere gebietet die Nothwendigkeit, und die gute Ordnung, die in einer solchen Gesellschaft herrschen soll. Zwischen beiden ist kein Unterschied in Bezug auf die Nothwendigkeit, sondern nur in Bezug auf die Veränderlichkeit. Ersteres ist unabänderliche Norm in einer positiven göttlichen Kirche, letzteres richtet sich nach der Zeit, nach den veränderten Bedürfnissen der Gesellschaft. Allein folgt wohl hieraus, daß es von einzelnen Gliedern nach ihrem Gutfinden abgeändert werden könne. Die katholische Kirche hat sich immer vor anderen Religionspartheien darin ausgezeichnet, daß sie in ihren wichtigsten Disciplinar - Gegenständen nur allgemeinen Vorschriften folgte, und

Änderungen nur unter allgemeiner Zusammenwirkung gestattete. Es kann daher dem Privaturtheile eines Bischofs nicht überlassen seyn, sich über allgemeine Einrichtungen hinweg zu setzen. Nur auf dem Wege, wie sie entstanden sind, können sie auch wieder abgeändert werden. Welches gefährliches und zerstörendes Spiel würde sich in der katholischen Kirche darstellen, wenn man von diesen Grundsätzen abginge? Jeder Regent, der mit dem römischen Stuhle, aus welcher Ursache immer, in einer Fehde stünde, würde die Metropolitane seines Reiches zwingen, indem er den Recurs hemmte, den Bischöfen die Bestätigung zu ertheilen; und jeder Metropolit, der ehrgeizig wäre, würde zur Hemmung dieses Recurses Ursachen auffinden, um ein Recht an sich zu bringen, welches seine Suffraganbischöfe wieder unter seine unumschränkte Gewalt brächte. Jeder Unpartheiische wird daher einsehen, daß ein solches Verfahren illegal sey.

§. 19.

Ferner könnte man zwar zur Rechtfertigung eines solchen Benehmens einen Entschuldigungs - oder Rechtfertigungsgrund dar-

in finden, daß der Episcopat eine solche wesentliche Anstalt der Kirche ist, dessen Erhaltung gegen jede Disciplinar - Einrichtung zurückstehen muß, und daß die Noth einen solchen Schritt zu rechtfertigen scheine; allein hierauf läßt sich erwiedern: So nothwendig zwar der Episcopat der Kirche ist, so kann er ihr doch nur frommen, wenn er ordentlich und nach Vorschrift der Kirchengesetze eingesetzt ist: *Nemo sumat sibi honorem, nisi qui vocatur a deo sicut Aaron.* Ein Episcopat auf die vorgeschlagene Art ergänzt, würde zum Anstosse der Gläubigen werden. Von dem Oberhaupte der Kirche verworfen, würde man über ihm in Deutschland kein anderes Loos werfen als jenes, welches dem sogenannten constitutionellen Klerus in Frankreich begegnet ist. Alle jene Skandale, wenn gleich nicht in dieser Wildheit, würden sich auch in Deutschland ereignen, und diese Kirche ganz ihrer Vernichtung zuführen. Wollte man dem Papste wegen gehemmten Recurses dieses Recht entziehen, so müßte doch wenigstens hergestellt seyn, daß der Papst Unrecht habe; denn ihm ein Recht auf geradehin, oder wegen des gewaltsamen Benehmens eines Dritten entziehen zu wollen, wird kaum ge-

rechtfertiget werden können. Wer soll aber in einer solchen Lage des Papstes Richter seyn? So wie sich die Regenten oft der Selbsthülfe bedienen, wenn sie mit dem päpstlichen Stuhle in Irrungen sind, so wäre dieses auch eine Art Selbsthülfe, die sich ein Kirchenprälat gegen sein Oberhaupt erlaubte. Die Zeitgeschichte hat merkwürdige Aufschlüsse ertheilt, daß der Papst nicht immer Unrecht habe, wenn er nicht in alle an ihn gemachten Forderungen einwilliget*). In Bezug auf Deutschland ist dieser Vorschlag um so umsichtiger zu machen, als die katholische Kirche mit noch zweien christlichen Konfessionen coexistirt, und die Mehrzahl der Katholiken unter protestantischen Regenten steht, die durch eine so gefährliche Maßregel geleitet,

*) Authentische Correspondenz des römischen Hofes mit der französischen Regierung seit dem Einfalle in den römischen Staat bis zur gewaltsamen Abführung des Papstes. Aus dem Italienischen, Französischen und Deutschen übersetzt von J. H. Kefsler, Tübingen 1814. Man lese! Sind wohl Napoleons Forderungen an den Papst nicht die Kehrseite der Dictaten Gregors VII.

selbst von einem Kirchenprälaten, wie dieses bei Baden der Fall ist, getäuscht werden können, die Gewissen ihrer Unterthanen in Verlegenheit zu setzen. Es handelt sich zwar nicht von einem Glaubenssatze, aber doch von der Institution rechtmässiger Hirten, denen allein die Katholiken Folge leisten zu müssen glauben, bei welchen mithin immer das Gewissen beunruhiget wird, wenn sie ihren kirchlichen Vorstand nicht als ihren wahren und rechtmässigen Hirten betrachten müssen. Es kann demnach, wenn gleich der Episcopat eine wesentliche Anstalt der katholischen Kirche ist, von der obgleich zur Disciplin gehörigen Institution wenigstens e i n s e i t i g nicht abgegangen werden.

§. 20.

Ad b) Die Analogie von den Dispensationsfällen, die dem päpstlichen Stuhle reservirt sind, auf den gegenwärtigen ist nicht passend. In dem Falle des gehemmten Recurses an den päpstlichen Stuhl ist es eine von der ganzen Kirche anerkannte, und selbst von dem Oberhaupte derselben gutgeheissene Praxis, dafs das ursprüngliche Recht der

Bischöfe eintrete , und dieß zwar mit dem vollgültigsten Grunde. In der Kirche heist es: *Salus spiritualis singulorum suprema lex esto.* Diesen Grundsatz hat Jesus in der Parabel dargelegt , in welcher er von dem guten Hirten redet , der neun und neunzig Schafe stehen läßt , um das hunderste , das sich verirrt hat , in seinen Schafstall zurückzubringen. Dieß fordert der ganze Zweck der Kirche. Da Kirchengesetze nie dem Heile der Gläubigen nachtheilig werden dürfen , und bei verhindertem Recurse das ursprüngliche Recht der Kirchenvorsteher erwacht und thätig wird , indem es der Kirche an den nothwendigen Mitteln zu ihrer Regierung nicht fehlen darf , und Jesus selbst allen Aposteln die nothwendige Gewalt zur Regierung der Kirche gegeben hat. Anders ist es aber mit dem angegebenen Falle. Die Metropolitnen haben keine ursprüngliche Rechte in dem Sinne , als seyen ihnen solche durch den göttlichen Religionsstifter angewiesen worden , sondern nur in dem Sinne , daß gewisse Rechte seit dem Ursprunge dieser Würde in der Kirche von der Kirchengewalt mit ihr verbunden worden sind. Es ist daher zwischen diesen und den

ersteren ein großer Unterschied. Erstere leiten sich radical von dem göttlichen Religionsstifter ab, können daher den Bischöfen nicht entzogen werden, ausgenommen den Fall, wo sie selbst in eine Beschränkung wegen des größeren Nutzens, der der Kirche zugeht, einwilligen. Letztere haben kein Fundament in der göttlichen Institution, und sind der Würde zufällig, und hängen ganz von der Bestimmung der Kirche ab. Es darf sich demnach der Metropolit nie ohne diese Zustimmung der Kirche erlauben, sie für sich, nach seinem Urtheile, zu reclamiren. Mit welchem Grunde könnte auch ein Metropolit diese Anomalie rechtfertigen? Hier ist keine Seelengefahr, wie im Falle des verhinderten Recurses bei Dispensationsfällen in Ehesachen, vorhanden. War dieß Recht gleichwohl bei der Institution dieser Würde mit derselben verknüpft, so ist es doch in der Folge der Zeit wieder zurückgenommen worden. Es kann daher nicht reclamirt werden, sondern es wäre eine willkührliche Ergreifung desselben, ohne Zustimmung der Kirche, Usurpation.

§. 21.

Ad c) Die aus der Geschichte angeführten Fälle, in welchen die Metropoliten nach dem Zeitpunkte, als dieses Recht zum Reservatrechte des Papstes geworden ist, ausgeübt haben, sind selten und ganz anomal. Wenn in Deutschland während der Periode, als die deutsche Kirche sich bei den Irrungen zwischen dem Concilium zu Basel und Papst Eugen IV. neutral betrug, die Metropoliten ihr altes Recht ausübten, so lag ein wichtiger Grund darin, daß dortmahls das Oberhaupt der Kirche, nämlich Papst Eugen IV., als solches nicht anerkannt war — *papa dubius*. — Nach der Lage der Sachen und den getheilten Gesinnungen der Kirchenvorsteher wußte man also nicht, an wen man sich zu wenden hatte. Dieser Fall ist von dem gegenwärtigen ganz verschieden. Niemand zweifelt, daß Pius VII. rechtmäßiger Papst sey; Niemand zweifelt, daß er bereit sey, das Confirmationsrecht auszuüben, wenn dieses auf eine den Kirchengesetzen gemäße Art von ihm gefordert wird. Derselbe hat sich bisher, wo es nur immer geschehen konnte, nicht geweigert, die Confirmation den ernannten Bischöfen zu ertheilen. Es ist

bekannt , daß , wenn dieß der Fall in Deutschland nicht ist, es nicht aus der Schuld des Papstes geschehen, sondern es an der Thätigkeit und dem Willen der Regenten fehlt. Noch sind keine Episcopate dotirt; noch hat man sich über die Kirchenangelegenheiten mit dem Papste in keinem Punkte verstanden; wie ungerecht wäre es daher, ihm ein Recht, das er nicht einmal ausüben kann, indirecte zu entziehen? Wer wird es wagen, und welcher aus den deutschen Kirchenvorständen kann es billigen, durch einen solchen Weg das Oberhaupt der ganzen Kirche von dem Einflusse auf die Kirchenangelegenheiten Deutschlands entfernt zu sehen? Daher

§. 22.

Ad d) wird jener Metropolit, der dieses Wagestück, einen Coadjutor, den sich selbst ein Bischof ernannt hat, und den der Papst nicht bestätigen will, zu confirmiren, unternimmt, sich keinen großen Dank versprechen können. Der Papst dürfte ihm erwiedern: Wenn auch die ältere Kirchendisziplin dieses Recht der Metropoliten beurkundet, so ist es doch längstens antiquirt, und als anti-

quirt von der ganzen Kirche angesehen worden. Die Geschichte zeigt, daß Jahrhunderte erforderlich sind, bis sich dergleichen Formen construiren und consolidiren; ihre Abänderung ist immer mit weit aussehenden und für die Ruhe der Kirche manchmal mit gefährlichen Folgen verknüpft. Wer es zu erst wagt, an die Zerstörung der bestehenden Formen die Hand anzulegen, beginnt immer ein gefährliches Spiel, und gleicht Jenem, der in ein noch bestehendes, obgleich altes Gebäude Feuer einlegt, um es zu zerstören, damit er ein neues nach seinem Style auführen könne. Ob ihm dieses gelingen, und ob der neue Styl gefallen und Dauerhaftigkeit haben werde, ist immer ein Wagestück? Die Zeitgeschichte sollte besser, als es geschieht, benützt werden. Revolutionen bringt zwar die höhere Vorsehung immer hervor, und leitet sie auch zu höheren Zwecken; allein die Stifter derselben verbreiten immer viel Unglück. Das Oberhaupt der Kirche kann daher gewiß nicht annehmen, daß eine solche Maßregel *in aedificationem ecclesiae* sey, sondern sie muß sie als eine solche ansehen, die *in destructionem* ist. Es ist ein eitler Vorwand, daß der Rückgang zur alten

Kirchenverfassung nicht in Willkühr oder Verachtung gegen das Oberhaupt unserer Kirche ausarte. Was haben die Patriarchen von Konstantinopel unter der Aegyde ihrer Kaiser nicht gewagt? Und was unternahmen nicht die deutschen Erzbischöfe unter dem vermeintlichen Schutze des Kaisers Ioseph II., welches Ihnen aber nicht ganz gelang. Wenn man sich bei diesen Absichten noch einer gemäßigten Sprache gegen das Oberhaupt der Kirche bedient; so ist hierauf kein großer Werth zu legen, man wird diese bald ändern, wenn man festeres Terrain gewonnen hat. Würden die Metropolitnen und Bischöfe mehr Anhänglichkeit an die allgemeine Kirche haben; so würden manche Stürme, die sich gegen dieselbe erheben wollen, bei ihrem Entstehen schon abgeleitet, manche, wenn sie auch ausbrechen würden, eher beschwichtigt werden. Der reindenkende Cosmopolit, der wahre Freund der Religion, und der ächte Katholik kann es sich nicht verhehlen, daß es wahr ist, was Jesus sagt: *Si sal infatuatum fuerit, in quo salietur.* Nur in der festen Vereinigung zwischen Haupt und Gliedern kann der katholischen Kirche ein Stern aufgehen, der sie

sie von dem Abgrunde ableitet, an welchem sie steht.

§. 23.

IV. Welcher Antheil und welche Rechte stehen dem Regenten bei einer solchen Handlung im allgemeinen, und insbesondere in Deutschland, mit Rücksicht auf die dermalige Lage der katholischen Kirche, zu? Dafs dem Regenten im allgemeinen d. i. nach den reinen Grundsätzen des allgemeinen Staatsrechts, wenn er einer Religionsgesellschaft die bürgerliche Reception ertheilt hat, ein Antheil an Geschäften dieser Art gebühre, mag nicht mißkannt werden. So wie dem Regenten das Recht gebührt, sich das Symbol einer Kirche vorlegen zu lassen, und einzusehen, ob es keine Lehren enthält, die dem Wohle des Staats nachtheilig werden könnten; so liegt ihm auch daran, den Charakter der Personen, die der Kirche vorstehen, die Art und Gränzen der Gewalt, welche sie ausüben wollen, näher zu kennen, um beurtheilen zu können, ob sich nicht wichtige Anstände vorfinden, die ihm die Personen mit Grund verdächtig, oder ihre Gewalt in der Ausübung

und Anwendung für den Staat schädlich machen möchten. Ein anderes Recht, als das *jus supremæ inspectionis* und *cavendi* kennt das allgemeine Staatsrecht nicht. Daher muß es dem Regenten eine ganz gleichgültige Sache seyn, welche Personen die Kirche zu ihren Vorständen auswählt, wenn nur ihr Civismus nicht verdächtig ist, und welche Formen sie bei ihrer Anstellung festsetzt, wenn sie nur nichts fordert, was dem Staate nachtheilig seyn könnte. So ist auch dermalen das Verhältniß der katholischen Kirche in allen jenen Ländern, wo sie keinen höheren Grad der Duldung, als den, welchen der Staat der Kirche nicht versagen kann, genießt. Man werfe einen Blick auf die Lage der katholischen Kirchen in England und Irland. Sie genoß in ihrer inneren Einrichtung bisher einer vollen Autonomie, und schloß die Regierung, die ihr nur in dem geringsten Maße Duldung gestatete, von allem Einflusse aus. Durch die Annäherung, die zwischen dem päpstlichen Stuhle und der großbritannischen Regierung im vorigen Jahre Statt fand, wurden diese Rechte selbst von dem päpstlichen Stuhle anerkannt, und die Anwendung derselben auf die katholische Kirche nicht wi-

dersprochen, ja vielmehr den öffentlichen Nachrichten zufolge soll der Papst die irländischen Katholiken, die sich die Anwendung dieser Rechte nicht gefallen lassen wollten, zu Recht gewiesen haben. Der Regent kann demnach bei einem ganz allgemeinen Verhältnisse, in welchem die Kirche gegen den Staat steht, nichts weiter fordern, als das negative Recht der Inspektion, und das positive Verhütungsrecht, im Falle durch irgend einen Akt der Kirche der Staat beschädigt werden könnte; und hiebei versteht es sich, daß der Staat seine Rechte nicht nach Laune, nach präokkupirten Ansichten, sondern nur mit Mäßigung und Gerechtigkeit ausüben dürfe.

§. 24.

Freilich sind die Rechte des Staats über die auf dem Staatsgebiete existirenden Kirchen weit ansehnlicher, wenn sich das Maß der Duldung erweitert. Dieß kann in doppelter Rücksicht geschehen: entweder, daß eine Kirche zur herrschenden erklärt wird, oder sich ihre Existenz und die Modalität derselben auf Verträge gründet. Im ersten Falle steht der Regent des Staats

gegen dieselbe nicht nur im Verhältnisse als Regent, sondern auch als hoher Protektor und Advokat. Man war erfinderisch genug, vorzüglich in den neueren Zeiten, die aus diesem Verhältnisse abzuleitenden Rechte so weit auszudehnen, daß der Kirche in manchen Staaten beinahe der Wunsch abgedrungen wurde: *Ab hac advocatia libera nos Domine!* Wenn man aber auch mit Mäßigung und in beständiger Rücksicht auf die Geschichte diese Rechte in ihrer Genesis und Progression betrachtet, so sind diese ansehnlich. a) Die Hauptverfassung einer solchen Kirche beruhet, wie die Verfassung des Staats auf Reichsfundamental-Gesetzen, und erfreut sich der nämlichen Sicherheit, Unverletzbarkeit und Garantie, wie die politische Verfassung des Staats. b) Die Repräsentanten einer solchen Kirche bilden eine active Klasse der Staatsbürger, geniessen ansehnliche Vorzüge in Bezug auf ihre Personen und die Güter der Kirche. c) In jedem Anfälle auf ihre Rechte und Freiheiten, kommen sie von Innen, oder Aussen, stehen ihnen die Gesetze bei; das hohe Protektorat und die Advokatie muß wirksam seyn, diese von Innen und Aussen zu unterdrücken.

Wie nachdrucksam sich dieses Verhältniß bei der der jetzigen Katastrophe vorhergegangener Lage der deutsch-katholischen Kirche zeigte, geben in den eklatantesten Beispielen die *acta publica*. Dagegen standen auch den Regenten mannichfaltige Rechte zu.

a) Von diesen Verhältnissen schreibt sich das *jus nominationis regiae* zu den Erz- und Bisthümern her, und, wo sie dieses, wie in Deutschland, nicht hatten, wenigstens das *jus exclusivae* bei solchen Stellen; b) die kirchliche Verfassung ihrer Modalität nach hing von der konkurrenten Bestimmung der Kirche und des Staats ab, und jede bedeutende Veränderung war das gemeinschaftliche Werk der Kirchenvorstände und der Staatsgewalt. c) Das Kirchengut insbesondere wurde als heiliges Depositum der ganzen Kirche betrachtet, und eingreifend sind die Rechte des Regenten, welche er bei Erwerbung, Innovation und Veräußerung desselben hatte. Ueberhaupt d) ist der *Status quo*, und sind die wohlerworbenen Rechte jeder Art ein wichtiger Gegenstand der Sorgfalt des Regenten, und heischen mächtig seine Protektion.

§. 25.

Weder so ausgedehnt, noch so glänzend sind aber diese Rechte in dem anderen Falle, wenn das Verhältniß der Kirche gegen den Staat nur auf Verträgen beruht. Hier richtet sich alles nach dem Inhalte dieser Verträge. Die Rechte des Regenten in Bezug auf die Kirche, können daher mehr oder weniger ausgedehnt seyn, je nachdem sie bestimmt worden sind. Nur dieses Einzige verdient hiebei noch bemerkt zu werden, daß der Regent verbunden ist, diese Verträge so lange zu halten, als sie dem wahren Wohle des Staates nicht nachtheilig werden.

§. 26.

Subsumirt man nun diese anerkannten Grundsätze auf den vorliegenden Fall, und stellt man die Frage: Welche Wirkung kann die Erklärung der großherzoglich-badischen Regierung haben, wenn sie dem Akte des Herrn Bischofs von Konstanz, der sich einen Coadjutor ernennt, ihrer Seits die Bestätigung ertheilt; so erheben sich hiebei folgende Bedenklichkeiten. 1) Die Ernennung zu einem Episcopate ist an und für sich eine bloße

kirchliche Angelegenheit; der Bischof ist Vorsteher einer besonderen kirchlichen Gemeinde; seine Anstellung sowohl, als die Art derselben, hängt, von anderen positiven Verhältnissen, abgesehen von der Kirche ab; daher nach dem Zeitalter der Apostel die Wahlen durch den Klerus und das Volk; daher in der Folge durch entwickeltere kirchliche Bestimmung die Revision und Confirmation des Metropolitens und der Provinzialsynode. Der Antheil, den eine weltliche Regierung daran zu nehmen hatte, datirt sich erst aus der Periode, wo theils das Volk Mißbrauch von seinem Rechte machte, und daher das *brachium seculare* implorirt werden mußte, theils wo die Patronatrechte begannen. Nie war aber der Staat berechtigt, in die Formen der Institution und Confirmation sich einzumischen; hierin behauptete in jeder Periode die Kirche ihre Autonomie. Wenn aber die großherzogliche Regierung von Baden bei diesem Akte des Herrn Bischofs zu Konstanz erklärt, daß sie ihm für die großherzoglichen Staaten die Bestätigung ertheile, so weiß man keinen rechtlichen Gesichtspunkt zu finden, aus welchem man ihn rechtfertigen könnte. a) Das Kirchenrecht findet, wie

gezeigt worden ist, bei der Ernennung eines Coadjutors von Seite des Herrn Bischofs zu Konstanz weder die kirchenrechtlichen Vorschriften, noch die Form, wie dieß Geschäft geleitet werden muß, beobachtet. Ueber diese kann sich keine Regierung hinwegsetzen, und die großherzogliche Regierung hätte vor allen die Vorfrage, ob der Herr Bischof einen Coadjutor zu benennen berechtigt sey, untersuchen, oder durch unpartheii- sche Kirchenautoritäten prüfen lassen sollen. Diese Regierung, so wie jede andere weltliche, kann daher *b)* gar kein kompetenter Richter in der Sache seyn, die Beurtheilung derselben ist ein rein kirchlicher Akt, so wie auch hierüber sogar bis in das graueste Alterthum hinauf keine Staatsgesetze vorhanden sind. Der sprechendste Beweis also, daß sich der Staat hierüber nie eine Judikatur [zugeeignet hat. *)

*) Man wende nicht ein: Die großherzoglich- badische Regierung hat diesem Akte nur für ihre Lande, in wie ferne sie die Diöces Konstanz begreifen, die Bestätigung ertheilt. Hierauf läßt sich erwiedern: Wenn dieser

§. 27.

Noch weniger können dieser landesherrlichen Bestätigung einige rechtliche Wirkungen beigelegt werden, wenn man 2) auf die dermalige Lage der katholischen Kirche in Deutschland sieht. Wenn die Rechte, die die deutschen Kaiser über die deutsche Nationalkirche, und die Landesherren über diese in ihren respektiven Territorien ehemals ausgeübt haben, schon durch die erfolgte Säcularisation eine große Abänderung erlitten haben; so sind sie durch die rheinische Bundesakte vollends aufgelöst worden. Die deutschen Fürsten konnten sich nicht genug beeilen, die alte katholische Hierarchie mit ihren Attributen zu zerstören. Niemand hat nachdrucksamer durch Thaten an Tag gelegt, als sie, daß

Akt nach kirchlichen Vorschriften an sich null ist, so kann ihm durch eine solche Genehmigung keine Kraft zugehen, und es läßt sich weder mit der Gerechtigkeit, noch Klugheit vereinigen, eine Bestätigung einem Akte zu ertheilen, der unausweichlichen Widersprüchen unterliegen muß. Schwerlich dürfte daher Badens Vorgang Nachfolge finden.

sie an die ehehinnigen Verhältnisse gegen diese Kirche nicht gebunden sind, noch gebunden seyn wollen. Aus diesem Verhältnisse wird also wohl die großherzoglich-badische Regierung das Bestätigungsrecht eines Bischofes in seinem Territorialumfange nicht ableiten wollen. Es ist kein Gegenstand vorhanden, auf welchem diese alten Rechte beruhen. Um sie wieder geltend zu machen, würde erfordert, daß diese Regierung erst in neuere Verhältnisse gegen die katholische Kirche in ihren Staaten trete *). Wenn sie sich aber auch dieses Bestätigungsrecht erwerben sollte, so dürfte sie es doch nicht dermalen, nämlich schon auf den Akt der Benennung eines Coadjutors von Seite des Herrn Bischofs zu Konstanz, sondern erst später, nachdem die kirchlichen Formen außer Widerspruch sind, ausüben und geltend machen. Die deutschen Kaiser erthei-

*) Die Schwierigkeit heben freilich jene neuere Philosophen, welche Kirche und Staat amalgamiren; allein wie falsch diese Meinung sey, hat vor kurzem ganz gründlich ein Rezensent in der Felderischen Litteraturzeitung 7. Jahrg. 1. B. 2. Heft gezeigt.

ten nie den Bischöfen und Reichsäbten Deutschlands die Investitur, d. i. die Bestätigung in *temporalibus*, als bis sie ihre *Confirmation in spiritualibus* erhalten hatten. Zu was sollte auch die erste vor der letzten nützen? War der gewählte Kandidat unwürdig zu der bischöflichen Stelle; so wäre die weltliche Bestätigung ohnehin nichtig gewesen. Es war also dem ordentlichen Gange des Geschäftes ganz angemessen, die *Confirmation in spiritualibus* vorausgehen, und letztere, wenn sie doch als statthaft angenommen werden sollte, folgen zu lassen. Es wäre dieß im vorliegenden Falle um so nothwendiger gewesen, als die Form der Benennung als divergirend von den Kirchengesetzen erscheinen mußte, und man daher voraussehen konnte, daß sie Anstand erregen werde. Wenn man von Seite der Großherzoglich - badischen Regierung hierauf keine Rücksicht machte, so ist anzunehmen, daß man entweder den Frieden der katholischen Kirche nicht wünsche, oder Grundsätzen folge, die diesen herbeizuführen nicht geeignet seyn dürften.

§. 28.

3) Die großherzoglich - badische Regierung dürfte sich auch bei diesem Schritte selbst des Beifalls der übrigen Regierungen Deutschlands kaum zu erfreuen haben. Bei einer künftigen Organisation der katholischen Kirche Deutschlands dürfte diesen viel an der Ernennung zu den zu errichtenden Bisthümern, und an dem Antheile liegen, den sie an verschiedenen nothwendig herzustellenden Instituten zu nehmen haben. Obgleich die katholischen Kirchen wenig gewonnen haben, wenn ihnen von Seite der Regierungen nur so allgemeine Versicherungen, wie dieß im vorliegendem Falle geschieht, gegeben werden; so wird doch diese Maxime, bei welcher man über ein so wichtiges Recht, wie die Bestellung der Bisthümer ist, auf eine ganz eigene Art hinweggeschritten ist, keinen vollen Beifall finden, und einer Regierung, der es nicht um Ansprüche, die den Samen der Uneinigkeit unterhalten, zu thun ist, wird immer Mafsregeln den Vorzug geben, die fest anerkannt und gerecht sind. Es hat daher durch diesen Schritt weder die katholische Kirche Deutschlands etwas gewonnen, noch

können die weltlichen Regierungen einen reel-
len Vortheil davon erhalten.

§. 29.

Diefs sind meine Ansichten von dem Gegenstande, der auf dem Titel dieser Schrift bezeichnet ist. Ich schliesse mit der Bemerkung: Dieser Schritt des Herrn Fürst-Primas als Bischofs zu Konstanz kann in dem Zeitpunkte besonders, wo er gemacht wurde, wenn derselbe ihn behaupten wollte, von keinen guten Folgen für die katholische Kirche in Deutschland seyn. Die Ramification der Fragen, die hierüber aufgeworfen werden können und müssen, dehnt sich über die Hauptfundamente des katholischen Kirchenrechts aus, und die Discussion derselben würde zu Resultaten führen, welche die deutsche Kirche selbst in zwei Partheien theilen, und ihrem Untergange zuführen werden. Von der Weisheit des Herrn Fürst-Primas, von seinem Eifer, der katholischen Kirche nützen zu wollen, und von seinem hohen ruhmwürdigen Alter, welches zur Bedachtsamkeit ohnehin anleitet, ist es zu erwarten, dafs er sein Ohr gefahrvollen Anschlägen nicht leihen, und sich nicht zum Werkzeuge brauchen

lassen werde, wodurch statt Segnes und Heils nur Verwüstung und Zerstörung in die ohnehin bis zur Schmach erniedrigte katholische Kirche in Deutschland gebracht, und wodurch sein Name und Ruhm, statt, wie Bonifazens Namen und Ruhm in den Annalen Deutschlands zu glänzen, mit schwarzen Farben würde gezeichnet, und nicht mit dankbaren Herzen genannt werden. Der Allmächtige regiere die Herzen Pius VII. und Karls, daß beide sich in Eintracht begegnen, und ihre Schritte mit unverwandtem Blicke zum allgemeinen Ziele fortsetzen! Der Allvorsehende kröne dann ihr Werk!

Ueber die Ernennung des Herrn Generalvikars Freyherrn von Wessenberg zum
Coadjutor und Coadministrator des Bisthums Constanz

Rom 1816

J.can.p. 336 g

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10544937-9